

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	44
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	23.02.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau zur Brügge (ASW), Herr Schirrmann (Studio Malta)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / de		
Betreff:	IBA Leonhardsvorstadt/Züblinareal: Zwischenbericht Nachspielzeit/städtebaulicher Strategieplan - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Nach einer kurzen thematischen Einführung durch Frau zur Brügge (ASW) berichtet Herr Schirrmann (Studio Malta) im Sinne der Präsentation. Er verweist zudem auf die Webseite www.zukunft-leonhardsvorstadt.de, auf der die Wettbewerbsergebnisse eben- falls eingesehen werden können.

Wie alle weiteren Redner*innen dankt StR Winter (90/GRÜNE) für den engagierten Vor- trag. Es seien zahlreiche Punkte angesprochen worden, die derzeit die Stadtgestaltung beschäftigten. Dazu gehöre der angemessene Umgang mit dem Erbe der Moderne. Vor der Haustür des Areals biete sich die große Chance, das durch die B14 separierte Areal wieder stärker zu verbinden und die Bundesstraße durchlässig zu gestalten. Des Weiteren werde das Breuninger-Parkhaus mit neuen Funktionen "aufgeladen". In den Szena- rien seien viele verschiedene Dichten dargestellt worden, was sehr viele spannende Diskussionen ermögliche. Am Ende könne ein sehr lebendiges Quartier stehen, in dem Wohnen und Arbeiten vereinbar werde. Der Stadtrat sieht ebenfalls die Möglichkeit für eine deutliche Verkehrsberuhigung. Er gehe davon aus, dass der heutige Zwischenbe-

richt noch in den Fraktionen diskutiert werden könne. Den Antrag aus dem Bezirksbeirat für mehr Jugendbeteiligung könne er unterstützen.

StR Kotz (CDU) stellt fest, dass bei diesem Projekt in sehr ausgeprägter Form die Vorstellungen der Einwohnerschaft aufgegriffen werden. Diese Vorgehensweise stehe im Zwiespalt mit anderen Projekten, bei denen die Meinungen der Bürgerschaft ausgeblendet würden. Es gebe eine große Bandbreite des Umgangs mit städtischen Projekten. Aus seiner Sicht müssten die Bedarfe der Stadt festgestellt werden. Die heute vorgestellten Ansätze bezüglich Dichte und Nutzungen wiesen ein sehr breites Spektrum auf. Man benötige nun gewisse Eckpunkte beispielsweise zur Wirtschaftlichkeit, der Ökologie oder der Anzahl der Wohnungen. Da es sich um ein IBA-Projekt handle, gebe es im positiven Sinne eine gewisse "Narrenfreiheit". Er erwarte gerne einen Vorschlag der Verwaltung, wie im weiteren Prozess verfahren werde.

Ein Lob für den Planungsprozess spricht StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) aus. Von Seiten der Politik könnten nur "robuste Rahmensetzungen" erwartet werden, denn die Details müssten im Konzeptvergabeverfahren mit dem Träger abgestimmt werden. Daraus könne für andere Projekte gelernt und neue Instrumente entwickelt werden. In den nächsten Schritten werde sich anhand der ökonomischen Szenarien viel entscheiden. Eine enge Abstimmung bezüglich der Kosten sei wichtig; jedoch müssten sich nicht unbedingt alle Aspekte rechnen, wenn damit soziale, öffentliche Funktionen bedient würden. Als übergeordnete Rahmenbedingungen sieht der Stadtrat die Aspekte der Energie und Ökologie. Es müsse die Frage gestellt werden, ob das Areal in dieser Hinsicht darüber hinaus eine dienende Funktion haben könne. Es könnten Anlagen entstehen, von denen auch Nachbargebiete profitierten. Die großräumige Rahmenbedingung der B14 halte er für zeitlich sehr ambitioniert. Abschließend merkt er an, das Projekt müsse bis zur IBA nicht vollständig umgesetzt sein. Der Aneignungsprozess könne als eigenes Konzept betrachtet werden.

Zustimmung zum Ablauf des Beteiligungsprozesses äußert StRin Kletzin (SPD). Sie stellt die Frage, ob eine Statistik über die Verfahrensbeteiligung geführt werde und wie die verschiedenen Gruppen im Quartier angesprochen werden. Für die Stadträtin gibt es bereits eine gewisse Tendenz hin zu den Szenarien "Super sozial" und "Kultur + kreativ", sowie eine höhere Dichte. Dies könne sie unterstützen, da man sich in einem Kernbereich der Stadt befinde. Erhalt oder Entfernung des Parkhauses müssten untersucht werden. Dazu wolle sie aktuell noch keine Bewertung abgeben. Wenn aber inhaltlich viele Aspekte umgesetzt werden sollen, könne das Parkhaus eventuell nicht erhalten werden. Abschließend möchte sie wissen, ob das Haus der Engagementförderung (Folie 16) durch das IBA-Projekt entstanden sei oder als Bedarf erkannt werde. Grundsätzlich dürfe der Prozess nicht ohne Rahmenbedingungen weitergeführt werden; das konkrete Ziel müsse beibehalten werden.

Für StR Serwani (FDP) ist es wichtig, dass bis zur IBA 2027 nicht nur die Rahmenbedingungen feststehen, sondern auch Gebäude gezeigt werden können. Er tendiere ebenfalls zu den Szenarien "Super sozial" und "Kultur + kreativ" und befürworte eine Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,5 - 2,5. Angesichts der angesprochenen Aspekte wie B14, Breuninger-Parkhaus und ähnlichem erwarte er gerne die finalen Ergebnisse. Die Leonhardsvorstadt werde sicherlich ein Vorzeigeprojekt für die IBA.

Die hohen Erwartungen an das Projekt thematisiert StR Schrade (FW). Am Ende stehe die Frage, wie nachhaltig finanziert und positiv umgesetzt werden könne. Er habe stets

den Eindruck, dass es an dieser Örtlichkeit darum gehe, durch die Entfernung des Parkhauses etwas zu "heilen". Er wolle wissen, inwiefern historische Grundrisse mitgedacht seien. Dies sei einer der Grundgedanken des Vorhabens gewesen. Er spricht sich gegen das Szenario "Freiraum +" aus, was an dieser Stelle nicht angemessen sei. Das Areal vertrage durchaus eine dichtere Bebauung und einen Nutzungsmix. Vor allen Beteiligten liege noch ein langer Entscheidungsprozess. Mit dem Erhalt des Parkhauses sei nicht zu rechnen.

Die heutige Präsentation stärkt bei StR Goller (AfD) das Vertrauen in den Prozess und die Arbeitsweise der Projektgruppe. Er regt an, im weiteren Prozedere anstatt Tortendiagrammen Balkendiagramme zu verwenden. Städtebauliche Herausforderung sei, aus einer Fläche möglichst viel herauszuholen und gleichzeitig eine hohe Qualität für Freiraum zu gewinnen. Das Parkhaus zu erhalten, sei nicht erstrebenswert. Er stellt die Frage, inwieweit die Interessen der Stadt wie beispielsweise mehr Wohnraum berücksichtigt werden. Das Ziel des Projektes werde nur erreicht, wenn Rahmenbedingungen eingehalten würden. Dazu gehörten Mindestanforderungen an Flächen für Wohnraum und Betriebsflächen. Er schlägt vor, im Gremium eine Abstimmung über die Szenarien herbeizuführen.

Zustimmung zum Verfahren äußert ebenfalls StRin Köngeter (PULS); alle Zielgruppen würden im Blick behalten. Der Kritik von StR Kotz stellt sie die Frage entgegen, wer "die Stadt" denn sei. Aus ihrer Sicht seien das die Menschen, die im Quartier wohnten. Im Rahmen der IBA könne experimentell erfahren werden, welche Ergebnisse eine starke Einbindung der Bürger*innen mit sich bringe. Sie betont, es müsse ein hoher Anteil an Wohnen umgesetzt werden, da grundsätzlich zu wenig Wohnraum in Stuttgart vorhanden sei. Bezüglich des Aspektes Verkehr möchte sie wissen, ob Frau Simon-Philipp (Hochschule für Technik) eine Studie gestartet habe. Bei der GFZ spricht sich die Stadträtin für einen Wert zwischen 2,0 und 2,5 aus. Wenn das Parkhaus erhalten werde, stünden im Umfeld nur noch Restflächen zur Verfügung, die nicht optimal genutzt werden könnten. Des Weiteren thematisiert sie die Fläche um die Kirche; sie wolle wissen, ob das neue Haus für Film und Medien auch ein Vorfeld bekomme. Abschließend spricht sich StRin Köngeter für eine weitgehende Fertigstellung des Projektes zur IBA 2027 aus.

Zu einer Strategie der Quartiersentwicklung gehört es für StR Rockenbauch, dass nicht nur im Vorfeld eine Beteiligung stattfindet, sondern auch danach Offenheit erhalten bleibt, bis die finale räumliche Gestalt gefunden worden ist. Es müsse zwar Rahmenseetzungen geben, aber Nachverdichtung könne Stück für Stück weitergeführt werden. In der Frage der Ökonomie müsse geklärt werden, wer die Träger seien. Es brauche nicht unbedingt einen "Riesen", der sich um alles kümmere. Stattdessen könnten über Parzellierungen neue Teilnehmer dazustoßen und sich Raum aneignen. Er halte es für klug, derartige Möglichkeiten in der Planung vorzusehen. Abschließend merkt er an, das Parkhaus sei als Experimentierfeld sehr gut geeignet. Die Frage, ob es erhalten bleibe oder nicht, hänge davon ab, welche Inhalte räumlich platziert werden könnten. Er wolle einen Erhalt zum jetzigen Zeitpunkt nicht per se ausschließen.

BM Pätzold erklärt, die IBA ermögliche ein Aufsetzen neuer Prozesse. Es handle sich um einen neuen Ansatz, der nicht mit einem klassischen Wettbewerb, sondern mit einem Beteiligungsverfahren starte, das auf eine Konzeptvergabe zur Entwicklung des Quartiers abziele. Es sei erkennbar, dass sich viele Aspekte auf bestimmte Ziele konzentriert hätten. Er betont, es handle sich um ein urbanes Quartier, das die beiden Vier-

tel miteinander verbinde. Beim Züblin-Areal gebe es durchaus das Ziel, bei der IBA nicht nur einen Prozess oder Zwischennutzungen zu zeigen, sondern Gebäude zu präsentieren. Es gebe eine erhebliche Dichte kultureller Bausteine; am Ende solle ein Vorzeigequartier stehen.

Frau zur Brügge ergänzt, am Beteiligungsprozess seien nicht nur die Bürgerschaft, sondern auch Expert*innen und verschiedene Ämter der Stadtverwaltung involviert. Letztere verfolgten die Belange der Stadt, wie Wohnentwicklung oder Klimaanpassung. Am wichtigsten sei die Botschaft der Kernnutzungen und der Mut zur Dichte. Keinesfalls dürfe jedoch Freiraum aufgegeben werden, sondern man suche nach teilbaren Flächen ("Sharing") und strebe effizientes Bauen an.

Das Verfahren, so Herr Schirmann, sei bereits mit Bedarfen und Hypothesen der IBA gestartet. Man habe sich stets von beiden Seiten genähert: einerseits aus der Perspektive der Stadtgesellschaft mit der Fragestellung "Was ist an dieser Stelle richtig?", andererseits aus der Perspektive der Verwaltung, die die öffentlichen Bedarfe formuliere. Letztere stünden an hoher Stelle, da sie sehr viel mit den Freiräumen zu tun hätten. Die angemeldeten Bedarfe deckten sich in hohem Maße mit den Wünschen aus der Bürgerschaft. Hier gelte es nun, eine Verknüpfung vorzunehmen, um eine räumliche Vernetzung zu erhalten. Zum Wohnanteil merkt er an, in einem innerstädtischen Gebiet werde klassischerweise das Erdgeschoss gewerblich genutzt und darüber Wohnen angesiedelt. Nun stelle sich die Frage, wie dies miteinander verzahnt werden könne, um nicht monofunktionale Geschosse zu erhalten. Beispielsweise könne beim Szenario "Kultur + kreativ" über Wohnateliers oder bei "Produktiv in der Stadt" über Betriebswohnungen gesprochen und zu unterschiedlichen Typologien gelangt werden. Bezüglich der Jugendbeteiligung verweist er auf den Bericht der Streetworker. Im aufsuchenden Dialog im Straßenraum sowie bei einem kleinen Workshop seit mit den Jugendlichen gesprochen und deren Bedarfe eruiert worden. Dabei sei festgestellt worden, dass es keine organisierte Jugendkultur im Viertel gebe. Daraus sei die Erkenntnis entstanden, dass die Jugendlichen Angebote bräuchten, um sich vor Ort vernetzen zu können. Er betont, die Akteure des nun nachfolgenden Prozesses müssten diese Gruppe im Blick behalten.

Bezüglich des Parkhauses hält Herr Schirmann fest, wenn es Argumente für dessen Erhalt gebe, müssten diese transparent dargestellt werden. Aus städtebaulicher Sicht sei ein Erhalt jedoch schwierig, da ein historischer Stadtgrundriss gewünscht werde. Andererseits könne ein historischer Grundriss mit den entsprechenden Haustypologien nicht die angestrebte Dichte und Durchwegung generieren. Ein historisches Quartier sei deutlich "verschlossener". Aus diesem Sachverhalt ergebe sich die Herausforderung, wie der historische Charakter angemessen gestärkt werden könne. Wenn eine prinzipielle Nutzbarkeit des Parkhauses erkannt und planerisch dargelegt worden sei, sollte es einem innovativen Konzeptverfahren überlassen werden, den späteren Entscheider*innen ein Angebot zu machen. Dieses Angebot müsse wiederum verifiziert werden, denn das Gremium, das über die Vergabe entscheide, sei ebenfalls noch nicht zusammengestellt. Er könne sich der Aussage anschließen, dass ein klares Ziel benötigt werde. Eine dynamische Planung sollte dann gegebenenfalls Anpassungen ermöglichen.

Die offene Herangehensweise stößt bei StR Goller auf große Zustimmung. Bezüglich der angedachten Funktions- und Gemeinschaftsflächen regt er an, gleichzeitig ein Betriebskonzept zu gewährleisten. Es müsse von vornherein so geplant werden, dass Konflikte vermieden werden. Abschließend stellt er die Frage, wann die nun vorliegen-

den Ergebnisse zusammengeführt werden. Dazu erklärt Herr Schirrmann, man benötige ein Spannungsfeld, in dem man sich bewegen könne. Dieser Möglichkeitsraum sollte sich selbstverständlich verjüngen, um am Ende zu einem Ergebnis zu kommen.

BM Pätzold stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat von dem Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. L/OB
L/OB-Int
 3. Referat WFB
Liegenschaftsamt (2)
Stadtkämmerei (2)
 4. BVin Mitte
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FRAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS